



An Presseverteiler

Herausgeber:
DPoIG Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf

Telefon (0211) 93368667
Telefax (0211) 93368679

info@dpolg-nrw.de
www.dpolg-nrw.de

v.i.S.d.P.: Erich Rettinghaus,
Vorsitzender DPoIG NRW

Düsseldorf, 25.08.2024

Anschlag in Solingen

Die DPoIG NRW ist nach dem schrecklichen Angriff auf dem Solinger Stadtfest zutiefst betroffen. Unser Mitgefühl und Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer. Allen Verletzten wünschen wir eine bestmögliche Genesung und danken allen Einsatz- und Rettungskräften für ihren unermüdlichen Einsatz. Wir hoffen und setzen nun auf eine offene und transparente Aufklärung des Geschehens.

Dazu der Vorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus:

„Die schreckliche Tat hat gezeigt, dass wir dringend handeln müssen. Ein „weiter so“ kann und darf es nicht geben. Die Politik, der Gesetzgeber, muss endlich reagieren. Wir erleben gerade, was eine massive Zuwanderung auch bedeutet. Da sind Menschen dabei, die weder unseren Staat noch unsere Werte akzeptieren, aber sehr gerne unser Geld und unsere Freiheitsrechte in Anspruch nehmen, um so unser Land und unsere Freiheit zu untergraben.

Wir erwarten künftig nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern klare Ergebnisse und Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger in Regierungsverantwortung.

Es gilt die Ursachen zu bekämpfen und nicht die Symptome zu behandeln!

Statt eines kürzlich in Berlin beschlossenen vereinfachten Staatsbürgerschaftsrechts, welches die Einbürgerung erleichtert, benötigen wir eine kontrollierte Zuwanderung, Einreisekontrollen, konsequente Zurückweisung bei versuchter illegaler Einreise und Ausweisung von Menschen ohne Chance auf Bleiberecht. Insbesondere Straftäter sind sofort abzuschicken, auch in Drittländer. Vor allem muss die Familienzusammenführung generell überarbeitet und von Menschen ohne Chance auf Bleiberecht in Deutschland beendet werden. In unseren Städten entstandene, oft als Vereine getarnte Hinterhofsubkulturen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung untergraben, sind zu identifizieren, zu verbieten und aufzulösen. Dort und in anderen vermeintlichen Kaderschmieden findet die Radikalisierung und Entfremdung statt. Dem Staatsschutz ist das bekannt, aber oft enden die polizeilichen Möglichkeiten am Eingang auf der Straße. Auch hier und generell gilt es, fehlende Ermächtigungen zu schaffen, damit die Polizei ihre Arbeit machen kann.

Der Staat darf sich nicht wissentlich blind machen.“